Bayern

Bericht zur Cyber-Sicherheit 2023

[07.09.2023] Bayern hat seinen Bericht zur Cyber-Sicherheit 2023 vorgelegt. Die Cyber-Bedrohungen steigen weiter an. Mit dem LSI und einer spezialisierten Strafverfolgung sei das Land in der Cyber-Abwehr gut aufgestellt, plane jedoch weitere Maßnahmen.

Im Bayerischen Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) in Nürnberg haben Heimatminister Albert Füracker, Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich den Bericht zur Cyber-Sicherheit im Freistaat 2023 vorgestellt. Demnach nehmen die Angriffe auf Unternehmen sowie öffentliche Stellen wie etwa Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter zu. Sorge bereite den Ministern insbesondere, dass cyber-kriminelle Gruppierungen zunehmend auch politische Ziele verfolgen. So zielen mit Russland sympathisierende Gruppierungen darauf ab, mit DDoS-Angriffen die Verfügbarkeit der Internet-Seiten von Behörden und Kritischen Infrastrukturen bewusst zu beeinträchtigen. Damit hätten sich die im Vorjahresbericht zur Cyber-Sicherheit in Bayern prognostizierten Entwicklungen überwiegend bewahrheitet. Auch Ransomware sei nach wie vor ein großes Problem, so Innenminister Joachim Herrmann während der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichts. Inzwischen würde auch ein Geschäftsmodell beobachtet, bei dem die Schad-Software verkauft oder vermietet und der Anbieter am Lösegeld beteiligt werde.

Kommunen setzen auf LSI-Beratung

Mit dem LSI hat Bayern 2017 als erstes Bundesland eine eigenständige IT-Sicherheitsbehörde gegründet, deren Kernaufgabe der Schutz und die Gefahrenabwehr für staatliche IT-Systeme ist (wir berichteten). Das LSI berät und unterstützt die Kommunen und öffentliche Betreiber Kritischer Infrastrukturen wie Krankenhäuser und kommunale Wasserversorger in allen IT-Sicherheitsfragen. „Dank des LSI konnten 2022 über 4.000 zum Teil schwerwiegende Angriffsversuche auf das bayerische Behördennetz erfolgreich abgewehrt werden“, sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Auch das Interesse der Kommunen an einer praxisnahen Unterstützung durch das LSI sei auf einem Höchststand: 2022 haben Bayerns Kommunen dort über 1.400 Mal eine IT-Sicherheitsberatung angefragt. Daneben ist der Austausch mit nationalen und internationalen IT-Sicherheitsexperten von zentraler Bedeutung für die Arbeit der Sicherheitsbehörde.

Spezialisierte Strafverfolgung

Bei der nachhaltigen Bekämpfung von Cyber-Angriffen spiele auch die Strafverfolgung durch spezialisierte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Zusammenarbeit mit IT-Spezialisten eine wichtige Rolle, sagte Bayerns Justizminister Georg Eisenreich. Im Oktober 2022 wurde dazu eine Taskforce für Cyber-Angriffe auf Unternehmen und Einrichtungen bei der in Bamberg angesiedelten Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) eingerichtet. Besonders komplexe Verfahren werden bayernweit bei einer Cyber-Strafkammer am Landgericht Bamberg gebündelt. Und seit 2021 sind polizeiliche IT-Spezialisten in so genannten Cybercrime-Quick-Reaction-Teams einsatzbereit, für eine schnellstmögliche Beweissicherung und Gefahrenabwehr bei Cyber-Angriffen.
Bayern sei „gut aufgestellt“ – die Täter im Bereich Cyber-Crime würden jedoch immer kreativer und es sei abzusehen, dass die Bedrohungen im Cyber-Raum auch künftig zunehmen. „Wir werden daher die

Bayerische Cyber-Sicherheitsstrategie fortentwickeln und noch einen stärkeren Fokus auf staatliche Schutz- und Vorsorgemaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, Kritische Infrastrukturen und Kommunen richten. Hierzu gehört etwa auch die Einführung ressort- und sektorenübergreifender Cyber-Trainings, um bestehende Strukturen und Prozesse im Cyber-Bereich regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen“, so Innenminister Joachim Herrmann.

(sib)

Der Bericht Cyber-Sicherheit in Bayern 2023 zum Download (PDF, 1 MB)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Cyber-Sicherheit, Bayern, LSI